

Düsseldorf (dpa/lnw) - Die Koordinationsstelle Frauen und Gesundheit in Nordrhein-Westfalen soll zum 31. März geschlossen werden. Mit dem Stopp der Fördergelder sei eine Verschlechterung der Forschung und der Aufklärung über frauenspezifische Gesundheitsversorgung zu befürchten, sagte Geschäftsführerin Gabriele Klärs am Donnerstag in Düsseldorf. Der Landtag hatte die Einrichtung der Stelle vor sechs Jahren beschlossen, um eine Medizin zu fördern, die Unterschiede weiblicher und männlicher Organismen besser berücksichtigt. «Noch immer sterben prozentual mehr Frauen als Männer an den Folgen eines Herzinfarkts, weil Frauen im Vorfeld häufig andere Symptome als Männer zeigen», erläuterte Klärs. «Dies ist aber noch zu wenig erforscht und bekannt.» Die Pharma-Forschung berücksichtige den unterschiedlichen Stoffwechsel von Frauen und Männern nur unzureichend. Dies führe bei Frauen häufig zu falschen Dosierungen. Häusliche Gewalt als Ursache von Erkrankungen werde von Ärzten oft nicht erkannt. Betroffene Frauen würden jahrelang falsch behandelt, etwa mit Psychopharmaka. «Frauen werden 70 Prozent mehr Medikamente verschrieben als Männern.» Die Koordinationsstelle habe in den vergangenen Jahren über solche Zusammenhänge aufgeklärt und bei den Kammern Ärzte-Fortbildungen angestoßen, sagte die Vize-Präsidentin des Deutschen Ärztinnenbunds, Regine Rapp-Engels. Das Land unterstützte die Arbeit mit 220 000 Euro jährlich. Zusätzlich sei mindestens eine Million Euro in die Arbeit der Enquete-Kommission des Landtags geflossen, die sich in der vergangenen Legislaturperiode mit frauengerechter Gesundheitsversorgung auseinandergesetzt hatte. «Es ist traurig, wen Politik so viel Geld ausgibt und die Sache dann in der Schublade verschwindet», kritisierte Rapp-Engels. Das von über 70 Organisationen getragene Netzwerk Frauen und Gesundheit NRW appellierte in einem Brief an Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU), den Sparbeschluss zu revidieren. Eine Budget-Kürzung um 20 Prozent wäre aufzufangen, sagte Klärs. Die Landesregierung will aber an ihrer Entscheidung festhalten. «Heute kann es keine Landesaufgabe mehr sein, geschlechtsspezifische Gesundheitsaspekte zu fördern», teilte das Gesundheitsministerium mit. Dies liege nun in Händen der Krankenkassen, Kliniken und Ärzte. Inzwischen sei ein Bewusstsein für die Problematik geschaffen. Dazu habe die Koordinationsstelle wesentlich beigetragen. Die Förderung sei allerdings nie auf Dauer ausgelegt gewesen. Mit den eingesparten Geldern könnten nun verstärkt Vorbeugung, Krebsbekämpfung und Hospizarbeit unterstützt werden. Die Koordinationsstelle arbeitet mit den Frauengesundheitszentren in Köln und in Bad Salzuflen zusammen. Während diese beiden Einrichtungen Rat suchende Frauen direkt beraten, informiert die Koordinationsstelle Organisationen. Die Gesundheitszentren führen ihre Arbeit fort.

(Internet: [www.frauengesundheit-nrw.de](http://www.frauengesundheit-nrw.de))

dpa bg yynwd ku

02.03.2006 15:32